

Wahlanalyse

Bürgerschaftswahl in Bremen

am 26. Mai 2019

Vorläufiges Ergebnis vom 30. Mai 2019

Jochen Roose



Inhaltsverzeichnis

Die Bürgerschaftswahl in Bremen 3

1. Besonderheiten des Wahlrechts in Bremen.....	3
2. Das Wahlergebnis in Bremen.....	3
3. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Bremen	4
4. Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bremen.....	7

Die Bürgerschaftswahl in Bremen¹

1. Besonderheiten des Wahlrechts in Bremen

Das Wahlrecht des Bundeslandes Bremen ist durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet. Erstens teilt sich das Bundesland in zwei Wahlgebiete auf: Bremen Stadt und Bremerhaven. Im Wahlgebiet Bremen Stadt werden 69 Sitze der Bremischen Bürgerschaft vergeben, in Bremerhaven 15.² In beiden Wahlgebieten gilt getrennt eine Fünf-Prozent-Hürde.

Zweitens hat bei der Bürgerschaftswahl jeder Stimmberchtigte fünf Stimmen. Diese fünf Stimmen können beliebig auf einen oder mehrere Kandidaten aus einer oder mehreren Parteien verteilt werden. Dieses Wahlrecht führt zu einem sehr umfangreichen Stimmzettel und einem sehr aufwendigen Auszählungsprozess. Anders als bei anderen Wahlen werden die Stimmen zur Bremischen Bürgerschaft in jedem Wahlgebiet zentral ausgezählt und der Auszählungsprozess dauert deutlich länger als sonst üblich. Daher erscheint die Wahlanalyse nicht unmittelbar nach dem Wahltag.

2. Das Wahlergebnis in Bremen

Seit Bestehen des Bundeslandes Bremen ist die SPD bis zur Wahl 2015 aus allen Bürgerschaftswahlen als stärkste Kraft hervorgegangen und hat den Bürgermeister gestellt. Die Wahl von 2019 ist die erste Bremer Wahl, bei der die CDU stärkste Kraft geworden ist. Die CDU liegt mit einem Vorsprung von 1,7 Prozentpunkten knapp vor der SPD.

Wahlen in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin waren für die CDU in der jüngeren Vergangenheit schwierig und wurden von der SPD dominiert. Ähnliches gilt für viele Großstädte auf kommunaler Ebene. Während in Hamburg und Berlin Regierungen auch von der CDU angeführt wurden, galt dies nicht für Bremen. Mit der Wahl 2019 ist die Dominanz der SPD auch in Bremen eingebrochen. Die Schwäche der SPD in Bremen und das beste Wahlergebnis der CDU seit 16 Jahren haben zu dieser Wachablösung geführt.

Einige der kleineren Parteien haben etwas zugelegt. Die Zuwächse sind allerdings gering und bleiben unter 3 Prozentpunkten. Der deutliche Zuwachs der Grünen bei bundesweiten Umfragen und der Europawahl zeigt sich in Bremen nicht, wobei die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft ohnehin bereits relativ stark vertreten waren.

- › Die **Wahlbeteiligung** bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft ist deutlich gestiegen. Insgesamt haben sich 64,0 Prozent der Wahlberechtigten an der Bürgerschaftswahl beteiligt und damit 13,8 Prozentpunkte mehr als bei der Bürgerschaftswahl 2015, an der 50,2 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben.
- › Die **CDU** gewinnt hinzu und liegt mit 26,7 Prozent 4,3 Prozentpunkte über dem Wahlergebnis von 2015. In der Vergangenheit hatte die CDU auch höhere Wahlergebnisse in Bremen, allerdings sind diese Ergebnisse entstanden, bevor sich die Zahl der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien deutlich erhöht hat. Mit 24 Abgeordneten (+4) stellt die CDU die größte Fraktion.
- › Die **SPD** verzeichnet sehr deutliche Verluste und erhält ihr schlechtestes Ergebnis in Bremen. Bereits 2015 hatte sie mit 32,8 Prozent das schlechteste Ergebnis in Bremen erhalten. In der aktuellen Wahl

sinkt die SPD noch einmal deutlich auf 24,9 Prozent und liegt damit noch einmal 7,9 Prozentpunkte niedriger. Die SPD-Fraktion in der neuen Bürgerschaft wird 23 Abgeordnete (-7) haben.

- › Die **Grünen** sind traditionell in Bremen stark und erreichen 17,4 Prozent. Sie haben 2,3 Prozentpunkte hinzugewonnen, aber ihr Ergebnis ist in Bremen nicht außergewöhnlich hoch. Vor acht Jahren erreichten sie ein Rekordergebnis in Bremen von 22,5 Prozent und vor zwölf Jahren lag ihr Ergebnis auf etwa gleichem Niveau (16,5 Prozent). 16 Abgeordnete der Grünen ziehen in die neue Bremische Bürgerschaft ein (+2).
- › Die **Linke** liegt bei 11,3 Prozent. Sie übertrifft damit ihr bis dahin bestes Ergebnis von 2015 (plus 1,8 Prozentpunkte). Die Linke erhält 10 Mandate (+2).
- › Die **AfD** erreicht 6,1 Prozent. Sie überspringt nicht nur in Bremerhaven mit 9,1 Prozent, sondern auch in Bremen Stadt mit 5,7 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde. Die AfD verzeichnet einen leichten Zuwachs von 0,6 Prozentpunkten gegenüber der letzten Wahl. 5 Abgeordnete der AfD gehören der neuen Bremischen Bürgerschaft an (+1).³
- › Die **FDP** erreicht 6,0 Prozent der Stimmen. Die FDP hat damit ihr Ergebnis von 2015 weitgehend wieder erreicht (minus 0,6 Prozentpunkte). 5 Abgeordnete ziehen für die FDP in die neue Bremische Bürgerschaft ein (-1).
- › Die **Bürger in Wut (BIW)** kommen auf ein Gesamtergebnis für das Land Bremen von 2,4 Prozent. Allerdings liegen sie in Bremerhaven mit 7,4 Prozent über der Fünf-Prozent-Hürde und werden daher einen Abgeordneten in die Bremische Bürgerschaft entsenden (+/-0). Das Gesamtergebnis der BIW ist etwas zurückgegangen (minus 0,8 Prozentpunkte), in Bremerhaven haben die BIW etwas hinzugewonnen (plus 0,9 Prozentpunkte).

3. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Bremen

Der Wahlkampf in Bremen war insbesondere in der Endphase geprägt durch die Frage, ob es der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder gelingen kann, die SPD und Carsten Sieling abzulösen oder zumindest stärkste Kraft im Bundesland zu werden. Dieser absehbar knappe Zweikampf dürfte verantwortlich sein für die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung. Die Kombination von Bürgerschaftswahl und Europawahl könnte ebenfalls zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt haben. Allerdings dürfte die Beteiligung an der Europawahl vor allem durch die parallele, stark mobilisierende Bürgerschaftswahl gestiegen sein. Während bundesweit die Wahlbeteiligung an der Europawahl um 13,3 Prozentpunkte gegenüber 2014 gestiegen ist, hat sie in Bremen um 22,4 Prozentpunkte zugenommen.

Der Wahlausgang in Bremen ist geprägt durch die historisch einmalige Schwäche der SPD, von der die anderen Parteien profitieren. Die CDU erweist sich als vergleichsweise stark und gewinnt mehr als die anderen Parteien. Die Kombination aus einem Vertrauensverlust in die SPD einerseits sowie die Kompetenzzurechnung an die CDU und einen überzeugenden, wenn auch wenig bekannten Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder hat dazu geführt, dass die CDU im Stadtstaat Bremen die SPD knapp hinter sich lassen konnte.

2015 hat der SPD Bürgermeister Jens Böhrnsen nach dem Verlust von 5,8 Prozentpunkten bei der Bürgerschaftswahl sein Amt an Carsten Sieling übergeben. Dieser Wechsel konnte allerdings die SPD

nicht nachhaltig stärken. In den Umfragen ging die Zustimmung zur SPD kontinuierlich leicht zurück.⁴ Auch die Regierungskoalition aus SPD und Grünen sowie Bürgermeister Sieling selbst konnten nach der Wahl von 2015 nicht an Zustimmung gewinnen. Im Mai 2016, ein Jahr nach Amtsantritt, waren 41 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Bremer Regierungskoalition sehr zufrieden oder zufrieden. Im Mai 2019, kurz vor der Wahl, war der Wert auf ähnlichem Niveau. Im Vergleich zur Zufriedenheit mit anderen Landesregierungen ist dieser Wert gering. Nur im Land Berlin waren im Mai 2019 noch weniger Bürger mit ihrer Landesregierung zufrieden (Infratest dimap).

Die wichtigsten politischen Probleme waren nach Ansicht der Bremer Bildungspolitik (50 Prozent nennen dies als eines der zwei wichtigsten Probleme), Verkehrspolitik (33 Prozent) und Wohnungspolitik (22 Prozent). In Bremerhaven spielt Arbeitslosigkeit eine große Rolle (36 Prozent), während das Thema in Bremen Stadt deutlich seltener genannt wird (Infratest dimap).

Bei den relevanten Problemlösungskompetenzen kann die SPD kaum punkten. Gefragt, welche Partei die Probleme im Bereich Schule und Bildung am besten löse, nennen 28 Prozent die CDU und nur 18 Prozent die SPD. Bei der Verkehrspolitik liegen die Grünen mit 27 Prozent kurz vor der CDU mit 25 Prozent, während die SPD nur von 15 Prozent genannt wird. Arbeitsplätze zu schaffen, trauen 34 Prozent der CDU am ehesten zu, während nur 24 Prozent die SPD nennen. Allein die Lösung von Problemen auf dem Wohnungsmarkt wird vor allem der SPD zugewiesen. 28 Prozent nennen die SPD gegenüber 18 Prozent Nennungen der CDU (Forschungsgruppe Wahlen).

Der Verlust an zugerechneter Problemlösungskompetenz bei der SPD wird im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren deutlich. Der SPD werden in den entscheidenden Bereichen weniger Kompetenzen zugeschrieben, während sich die CDU etwas verbessert hat. Die Aufgaben in der Schul- und Bildungspolitik zu lösen, trauen der SPD 25 Prozent der Befragten zu, wohingegen 31 Prozent hier die CDU nennen. Diese Werte sind im Vergleich zu 2015 fast unverändert. Dagegen ist die wahrgenommene Problemlösungskompetenz der SPD bei der Wirtschaftspolitik deutlich gesunken. 21 Prozent nennen dies als Kompetenz der SPD, während es bei der Wahl vor vier Jahren noch 32 Prozent waren. Die CDU liegt hier konstant bei rund 40 Prozent. Bei der Kompetenzzurechnung in der Verkehrspolitik konnte sich die CDU von 26 Prozent (2015) auf 29 Prozent (2019) verbessern, während die Kompetenzzurechnung für die SPD im selben Zeitraum von 28 Prozent (2015) auf 14 Prozent (2019) zurückging. Besonders bedeutsam ist der Rückgang der Kompetenzzurechnung im Kernthema der Sozialdemokratie, der sozialen Gerechtigkeit. Hier liegt die SPD zwar noch vorn, denn 31 Prozent nennen sie. Allerdings waren es vor vier Jahren 41 Prozent. In diesem Problembereich hat sich die Bremer CDU leicht verbessert von 12 Prozent (2015) auf 16 Prozent (2019) und auch die Linke hat hier leicht zugelegt auf 20 Prozent (Infratest dimap).

Diese Verschiebungen in der wahrgenommenen Parteidynamik in einzelnen Politikbereichen schlagen sich auch in der Gesamteinschätzung nieder. Nur 24 Prozent der Befragten nennen kurz vor der Wahl 2019 die SPD, wenn es darum geht, die wichtigsten Aufgaben in Bremen zu lösen. Vier Jahre vorher waren es noch 38 Prozent. Im selben Zeitraum hat sich die CDU von 24 Prozent auf 30 Prozent verbessert.

Während die Kompetenzzurechnungen an die Parteien deutlich zugunsten der CDU ausfallen, ist in der Gesamteinschätzung der Kandidaten und möglicher Regierungskoalitionen keine klare Wechselstimung erkennbar. Bei der Frage nach einer hypothetischen Direktwahl zwischen den beiden Spitzenkandidaten entscheiden sich 39 Prozent für Carsten Sieling und 31 Prozent für Carsten Meyer-Heder. Damit schneidet Meyer-Heder besser ab als Elisabeth Motschmann 2015 oder Rita Mohr-Lüllmann 2011, er bleibt aber deutlich hinter dem Amtsinhaber zurück.

Es ist allerdings gelungen, Meyer-Heder bekannt zu machen, der erst im Januar 2018 aktiv in die Landespolitik eingestiegen war. Noch im Februar 2019 war Meyer-Heder bei einer Liste von 16 Landespolitikern der unbekannteste. Nur 28 Prozent der Befragten konnten sich zu ihm äußern, 12 Prozent waren zufrieden oder sehr zufrieden mit seiner politischen Arbeit. 72 Prozent können dagegen keine Angabe über ihn machen. Bis zum Wahltag ist dieser Anteil deutlich gesunken. Zwar können immer noch mehr als vier von zehn Befragten seine politische Arbeit nicht beurteilen, eine Mehrheit traut sich aber nun ein Urteil zu (Infratest dimap).

Eine Mehrheit ist summarisch der Ansicht, Carsten Sieling mache seine Arbeit als Regierungschef eher gut (54 Prozent, Forschungsgruppe Wahlen). Im Vergleich der beiden Kandidaten wird Sieling von mehr Menschen als sympathischer genannt (34 Prozent für Sieling, 21 Prozent für Meyer-Heder). Sieling wird häufiger als bürger näher eingeschätzt (28 Prozent Sieling, 18 Prozent Meyer-Heder). Es sind auch mehr Befragte, die Sieling als glaubwürdiger ansehen (28 Prozent Sieling, 19 Prozent Meyer-Heder) und mehr Sachverstand zurechnen (36 Prozent Sieling, 12 Prozent Meyer-Heder).

Die Präferenz für den amtierenden Bürgermeister Carsten Sieling bedeutet allerdings nicht, dass Carsten Meyer-Heder weithin abgelehnt würde. Der Aussage, Carsten Meyer-Heder habe nicht das Format, Bürgermeister zu werden, stimmt mit 38 Prozent nur eine Minderheit zu. Dagegen findet die Aussage, Meyer-Heder bringe frischen Wind in die Bremer Politik, bei 60 Prozent der Befragten Zustimmung. 73 Prozent finden es gut, dass Meyer-Heder die Digitalisierung konsequenter vorantreiben will (Infratest dimap). Als Gründer eines erfolgreichen Software-Unternehmens hat er das Thema Digitalisierung und tendenziell auch die Wirtschaftskompetenz glaubhaft verkörpert.

Im Vergleich der Regierungskoalitionen zeichnet sich ebenfalls keine klare Präferenz ab. Keine der denkbaren Konstellationen wird von einer Mehrheit der Befragten bevorzugt. Die relativ höchste Zustimmung hat die amtierende rot-grüne Koalition. 42 Prozent würden diese Koalition begrüßen, die nach dem Wahlergebnis aber nicht mehr möglich ist. Eine denkbare Koalition von SPD, Grünen und Linke befürworten 37 Prozent der Befragten. Eine Koalition aus CDU und SPD fänden 32 Prozent gut und eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP befürworten 28 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Insgesamt ist die Unzufriedenheit insbesondere mit der SPD in der Regierung groß. So bejahren 75 Prozent der Befragten die Aussage, die SPD „regiert zwar seit Jahrzehnten in Bremen, bekommt die Probleme aber nicht in den Griff“. Andererseits ist nur eine Minderheit von 32 Prozent der Ansicht, ein CDU-Senat könne die Probleme besser lösen (Infratest dimap).

Die Landtagswahl bestätigt den Abwärtstrend der SPD besonders eindrücklich, weil in der Geschichte des Bundeslandes erstmalig die SPD nicht stärkste Kraft ist. Die Ursachen für das Wahlergebnis sind aber wohl dennoch primär in der Landespolitik zu suchen. 76 Prozent der Befragten gaben an, die Politik vor Ort habe für ihre Entscheidung den Ausschlag gegeben (Forschungsgruppe Wahlen).

- › Während die SPD im Laufe der vier Regierungsjahre einen Ansehensverlust erlitten hat, gilt dies nicht für die **Grünen**, die ebenfalls an der Regierung beteiligt waren. Sie erreichen ein stabiles Wahlergebnis. Dabei profitieren sie von ihrer Kernkompetenz, der Umweltpolitik, die sich auch in der Kompetenzzurechnung bei der Verkehrspolitik niederschlägt. In anderen Politikfeldern werden ihnen dagegen kaum Kompetenzen zugerechnet.

Von dem erheblichen Aufwärtstrend der Grünen in bundesweiten Umfragen profitieren die Grünen bei der Bürgerschaftswahl nicht. Dies ist bemerkenswert, weil die traditionell in Bremen starken Grünen bei der parallel stattfindenden Europawahl in Bremen noch einmal häufiger gewählt wurden und ihr Ergebnis um 5 Prozentpunkte verbesserten. Auf Landesebene bleiben sie dagegen stabil.

- › Die **Linke** bleibt viertstärkste Kraft in Bremen und erreicht mit 11,3 Prozent ein für ein westdeutsches Bundesland bemerkenswert hohes Ergebnis. Das Ergebnis in Bremen Stadt ist etwas höher als das Ergebnis in Bremerhaven, wo die sozialen Brennpunkte des Bundeslandes liegen. Insbesondere in der Sozialpolitik und bei der Wohnungspolitik werden der Linken Kompetenzen zugeschrieben. Bei der Frage, wer am ehesten für soziale Gerechtigkeit sorgen könne, wird die Linke von zunehmend mehr Menschen genannt. 2011 nannten für dieses Politikfeld 9 Prozent die Linke, 2015 waren es 17 Prozent und aktuell 2019 waren es 24 Prozent. Die Linke liegt damit nicht mehr weit hinter der SPD, die von 30 Prozent der Befragten genannt wird (Infratest dimap). Das zweite Kompetenzfeld ist die Wohnungspolitik, bei der 15 Prozent die größte Problemlösungskompetenz der Linken zuschreiben (Forschungsgruppe Wahlen).
- › Die **AfD** in Bremen wird mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Magnitz dem rechtsnationalen „Flügel“ der AfD zugerechnet. Während der abgelaufenen Legislatur hat die AfD-Fraktion mehrere Abgeordnete zunächst an die Abspaltung Liberal-Konservative Reformer von Bernd Lucke und dann an die BIW verloren. Die **Bürger in Wut (BIW)** ziehen durch die getrennten Wahlgebiete in die Bremische Bürgerschaft ein, denn sie überspringen nur in Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde. Beide Parteien verfolgen eine rechtsnationale Politik und sind in ihren Wahlergebnissen stabil geblieben. Beide Parteien erzielen in Bremerhaven deutlich höhere Ergebnisse als in Bremen Stadt.

Die AfD und die BIW sprechen generell Unzufriedene an und setzen auf die Thematik Migration und Flüchtlinge. Im Vergleich zur letzten Wahl im Mai 2015, also vor der deutlichen Zunahme der Migration nach Deutschland, haben beide Parteien keine nennenswerten Zuwächse erzielen können. Die Thematik Flüchtlinge/Einwanderung/Asylpolitik wird von 11 Prozent der Befragten als eines der zwei wichtigsten Probleme genannt. Allerdings ist es das einzige Politikfeld, in dem eine knappe Mehrheit mit den Anstrengungen des Bremer Senats eher zufrieden ist (Infratest dimap). Das Thema eignet sich offensichtlich nicht für eine zusätzliche Mobilisierung von Wählern.

- › Die **FDP** konnte sich in der Kompetenzzuschreibung bei ihren Kernthemen Wirtschaft und Bildung gegenüber 2015 auf niedrigem Niveau verbessern. 12 Prozent der Befragten nennen die FDP als kompetent in der Wirtschaftspolitik und 8 Prozent in der Bildungspolitik. Die um 5 bzw. 4 Prozentpunkte gestiegene Kompetenzzuschreibung dürfte dazu beigetragen haben, dass die FDP ihr Ergebnis weitgehend halten konnte.

4. Wählerwanderungsbilanz⁵ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bremen

Die gestiegene Wahlbeteiligung bedeutet für alle Parteien, dass sie ihr Ergebnis nur halten konnten, wenn sie mehr Wähler von sich überzeugt haben. In absoluten Zahlen war für ein stabiles Wahlergebnis also ein Stimmenzuwachs erforderlich. Alle Parteien mit Ausnahme der SPD haben absolut an Stimmen gewonnen.

- › Die **CDU** gewinnt von fast allen Parteien im Saldo hinzu. Der stärkste Zustrom kommt mit 13 Tsd. Wählern aus dem Lager der Nichtwähler. 8 Tsd. Wähler kommen von der SPD. Die Gewinne von Grünen, FDP, Linken und anderen sind jeweils gering. Ebenso gering sind die Verluste an die AfD. Die CDU war ein Angebot an Wähler, die sich in der politischen Mitte verorten und von der SPD nicht oder nicht mehr angesprochen fühlten. Die Enttäuschung über andere Parteien geben 38 Prozent als Wahlmotiv an. In der Mehrheit (55 Prozent) sagen die Wähler der CDU, die

Sachlösungen hätten sie überzeugt, aber auch der Spitzenkandidat hat mehr Wähler angezogen als bei der vorhergehenden Wahl (22 Prozent, plus 10).

- › Die **SPD** gewinnt 10,5 Tsd. Nichtwähler für sich, verzeichnet aber Verluste an die Union in Höhe von 8 Tsd. Im Saldo sind die geschätzten Verluste mit 5,5 Tsd. Wählern nicht sehr groß. Aufgrund der höheren Wahlbeteiligung machen sich diese Verluste allerdings im Wahlergebnis sehr deutlich bemerkbar. Unter den SPD-Wählern geben 29 Prozent an, die Partei aufgrund langfristiger Bindung gewählt zu haben. Dies ist mit Abstand der höchste Wert bei allen Parteien und unterstreicht die Verwurzelung der SPD in Bremen. 83 Prozent der SPD-Wähler meinen, „Bremen und die SPD gehören einfach zusammen“ (Infratest dimap). Eine Mehrheit von 69 Prozent hat die SPD aus Überzeugung gewählt und nicht weil sie von anderen Parteien enttäuscht sind.
- › Die **Grünen** gewinnen vor allem Nichtwähler und Zugezogene (jeweils 7,5 Tsd.), hinzu kommen Gewinne bei Erstwählern in Höhe von 2,5 Tsd. Dem stehen geringe Verluste an Linke, FDP und CDU gegenüber. Die Grünen-Wähler sind überzeugt von ihrer Partei. 100 Prozent von ihnen sagen, die Grünen verteidigten Werte, die ihnen wichtig sind (Infratest dimap).
- › Die **Linke** gewinnt aus dem Lager der Nichtwähler (4 Tsd.) und geringfügig von der SPD, Zugezogenen und den Grünen, bei leichten Verlusten an die CDU. 28 Prozent geben an, ihre Wahl aus Enttäuschung über andere getroffen zu haben. Die Linke war augenscheinlich nicht das Hauptziel von enttäuschten SPD-Wählern.
- › Die **AfD** gewinnt 5 Tsd. Wähler aus dem Nichtwähler-Lager und geringfügig von SPD, CDU und FDP. Eine Mehrheit von 61 Prozent hat sich früher als in den letzten Wochen zu ihrer Wahl entschieden. Dieser Anteil ist mit Abstand der größte im Vergleich der Parteiwählerschaften. Unter jenen, die mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind, holt die AfD doppelt so viele Stimmen wie unter den Zufriedenen. Die Enttäuschung über andere Parteien ist für eine Mehrheit von 54 Prozent das Wahlmotiv, wobei es sich angesichts des Zeitpunkts der Wahlentscheidung um eine tiefssitzende Enttäuschung handeln muss.
- › Die **FDP** gewinnt von den Nichtwählern (4,5 Tsd.) und geringfügig von Grünen und Zugezogenen bei geringen Verlusten an die AfD und die CDU.
- › **Soziodemographische Unterschiede** schlagen sich heute nur noch wenig im Wahlverhalten nieder. Einige bekannte Muster finden sich auch bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. So werden CDU und SPD mit zunehmendem Alter häufiger gewählt, während bei den Jüngeren die Grünen mehr Stimmen erhalten, tendenziell auch die Linke. Hochgebildete wählen überdurchschnittlich die Grünen und die Linke, während niedrige Bildungsabschlüsse bei der SPD und der AfD etwas häufiger vorkommen. Die Unterschiede sind aber nicht sehr groß.

-
- ¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretationen übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.
- ² Die Anzahl der Sitze für das Wahlgebiet Bremen Stadt wurde mit der Wahl 2019 von 83 auf 84 erhöht, um der gestiegenen Bevölkerungszahl in Bremen Stadt Rechnung zu tragen.
- ³ Der Vergleich der Anzahl von Mandaten bezieht sich auf das Wahlergebnis von 2015. Im Laufe der Legislaturperiode hatten mehrere Abgeordnete die Fraktion der AfD verlassen.
- ⁴ Im kleinsten deutschen Bundesland sind Meinungsumfragen nicht so häufig wie in anderen Bundesländern. Nach dem Wahlergebnis von 2015 von 32,8 Prozent weisen die Umfragen vom Mai 2016 und Januar 2017 bei der Sonntagsfrage für die SPD jeweils 29 Prozent aus. Im April 2018 ist der Wert auf 26 Prozent gefallen und im Februar 2019 zeigt eine Meinungsumfrage 24 Prozent für die SPD (jeweils Infratest dimap).
- ⁵ Die Wählerwanderungsanalyse beruht auf Schätzungen von Infratest dimap. Da bei der Schätzung der Wanderungen das endgültige Wahlergebnis noch nicht vorlag, unterliegen diese Zahlen besonderen Unsicherheiten.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung

Politik und Beratung

T +49 30 / 26 996-3550

thomas.koehler@kas.de

PD Dr. Jochen Roose

Koordinator für Umfragen und Parteienforschung

Team Empirische Sozialforschung

Politik und Beratung

T +49 30 / 26 996-3798

jochen.roose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)